

Inhaltsverzeichnis

1. Florian Gerster
2. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
3. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit
4. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
5. WMP Eurocom

Florian Gerster

Florian Gerster (*7. Mai 1949 in Worms), langjähriger SPD-Politiker, der 2020 in die FDP eintrat, ist Berater der R+V Versicherung AG^[1] und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Der ehem. Präsident der Bundesagentur für Arbeit war nach seiner Entlassung als Unternehmensberater, Verbandspräsident und Gremienmitglied von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Organisationen aktiv.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Wirken	3
3.1 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (jetzt: Bundesagentur für Arbeit) von 2002 bis 2004	3
3.2 Berater der US-Beteiligungsgesellschaft Fortress	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
5 Einelnachweise	4

Karriere

- 01/2015-12/2018 Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik
- 2007-11/2012 Präsident des Arbeitgeberverbandes **Bundesverband Briefdienste**
- 2004 freier Unternehmensberater und Lehrbeauftragter der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer
- 2002-2004 **Präsident der Bundesanstalt für Arbeit** (inzwischen umbenannt in Bundesagentur für Arbeit)
- 1996-2001 Vorsitz des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
- 1994-1998 Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit in Rheinland-Pfalz
- 1991-1994 Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Europa des Landes Rheinland-Pfalz
- 1987-1991 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1981-1991 Tätigkeit als freiberuflicher Personalberater
- 1977-1987 Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz
- 1976-1977 Persönlicher Referent des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Mainzer Landtag
- 1970-1975 Studium der Psychologie und Betriebswirtschaftslehre an der Uni Mannheim

Quelle: [2][3]

Verbindungen / Netzwerke

Gerster ist Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und war Gründungsmitglied des INSM-Fördervereins

Gerster war

- Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen^[4]
- Mitglied des Kuratoriums und des Managerkreises der **Friedrich-Ebert-Stiftung**
- Gründungsmitglied und Policy Fellow des **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)**

- Vorsitzender der Initiative Gesundheitswirtschaft Rhein-Main e.V. [5]
- Stellv. Vorsitzender des Netzwerks Deutscher Gesundheitsregionen
- Herausgeber des Gesundheitsmagazins kma^[6]
- Mitglied des Aufsichtsrats der JOB AG Personaldienstleistungen AG und des Gebäudedienstleisters AVECO Holding AG
- Mitglied des Vorstands der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
- Präsident des Arbeitgeberverbandes **Bundesverband Briefdienste**
- Partner der Personalberater Deininger Unternehmensberatung GmbH
- Partner von **Rochus Mummert Healthcare Consulting**
- Beiratsvorsitzender des amerikanischen Immobilieninvestors **Fortress Investment Group** und Mitglied des Aufsichtsrats der GAGFAH Immobilien-Management GmbH Essen

Wirken

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (jetzt: Bundesagentur für Arbeit) von 2002 bis 2004

Als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit fiel Gerster vor allem durch sein nassforschtes Auftreten und die Vermengung von Leitungs- und Beratungstätigkeit auf. So bestellte er unter Einschaltung einer Agentur für 22 Mio. Euro 900 Dienstwagen der Marke BMW ohne den Verwaltungsrat der Anstalt zu informieren.^[7] Der Bundesrechnungshof übte außerdem Kritik an der rechtswidrigen Vergabe eines zuvor nicht ausgeschriebenen Auftrages in Höhe von 1,3 Mio. Euro an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#), mit der Gerster früher kooperiert hatte. Nachdem später noch der Vorwurf der Verfälschung interner Protokolle im Zusammenhang mit der WMP Eurocom-Affäre und Beraterverträgen mit Roland Berger hinzukam, wurde Gerster am 24. Januar 2004 entlassen.^{[8][9]}

Berater der US-Beteiligungsgesellschaft Fortress

Nach seiner Entlassung als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wurde Gerster im Juli 2004 Vorsitzender eines eigens gegründeten Investitionsbeirates bei Fortress, die den Zuschlag für 80.000 Wohnungen erhielt, die in einer Gesellschaft namens Gagfah gebündelt sind.^[10] Gerster fädelte den Deal ein und wurde auch Mitglied des Aufsichtsrats der GAGFAH Immobilien-Management GmbH Essen. Fortress kümmerte sich später nicht um die vereinbarten Sozialklauseln, erhöhte die Mieten, senkte die Kosten und ließ den Wohnungsbestand vorsätzlich vergammeln.^[11] Die Stadt Dresden beschloss 2011, die Gagfah wegen Vertragsbruch auf rund eine Milliarde Euro zu verklagen. Gagfah-Chef Brennan hatte schon vor Bekanntwerden der Klage Aktien im Wert von 4,7 Mio. Euro verkauft - die BaFin ermittelte wegen Insiderverdachts. Im März 2012 haben sich die Gagfah und die Stadt Dresden auf einen Vergleich geeinigt, in dem die Gagfah weitgehende Zugeständnisse macht.^[12]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ Dr. Florian Gerster, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 16.05.2021
2. ↑ Florian Gerster, Website lemo
3. ↑ Biographie IZA, Webseite IZA, abgerufen am 21. 5. 2014
4. ↑ Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 4. Juli 2012, Webseite des Wirtschaftsministeriums Hessen, abgerufen am 21. 5. 2014
5. ↑ Organe, Webseite Gesundheitswirtschaft Rhein-Main, abgerufen am 21. 5. 2014
6. ↑ Neuer Herausgeber Gesundheitswirtschaft formiert sich, kma 5/2007, S. 3
7. ↑ Bundesanstalt für Arbeit Gersters teure BMW-Flotte, Spiegel vom 6. Dezember 2003, Webseite Spiegel, abgerufen am 1. Juni 2012
8. ↑ Gerster-Rausschmiss Verwaltungsrat stellt sich hinter Engelen-Kefer, Spiegel vom 26. Januar 2004, Website Spiegel, abgerufen am 1. Juni 2012
9. ↑ Arbeitsmarkt Der Fall Gerster, Spiegel vom 26. Januar 2004
10. ↑ Immobilien Der Mieter ist Kunde, Spiegel vom 19. Juli 2004
11. ↑ Christoph Twickel: Krisenviertel Hamburg-Wilhelmsburg Einstürzende Neubauten, Spiegel vom 25. März 2011, Website Spiegel, abgerufen am 1. Juni 2012
12. ↑ Gerda Gericke: Dresden Stadtrat stimmt dem Gagfah-Vergleich zu, Immobilien-Zeitung vom 16. März 2012

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgsschancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exclusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der Berlin Campaign Conference, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik Heritage Foundation, die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	6
2 Entstehungsgeschichte	6
3 Ziele	7
4 Organisationsstruktur und Personal	8
4.1 Team	8
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	8
4.1.2 weitere Mitglieder	9
4.2 Paten	9
4.3 Wissenschaftliche Beratung	9
5 Aktivitäten	10
5.1 Studien	10
5.2 ÖkonomenBlog	10
5.3 Veranstaltungen	10
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	10
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	11
6 Politische Kampagnen	11
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	11
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	12
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	12
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	13
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	13
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	13
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	13
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	14
6.9 Einschaltung von Agenturen	14
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	15

8 Internationale Verbindungen	15
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	15
9 Kritik an der INSM	15
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	15
9.2 Verhältnis zu den Medien	16
9.3 Schleichwerbung	16
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	17
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	17
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	17
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	17
10.1 Beirat	17
10.2 Kuratorium	17
10.3 Förderverein	17
10.4 Botschafter:innen	19
11 Zitate	23
12 Weiterführende Informationen	23
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
14 Einelnachweise	24

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt. [14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen. [15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird. [16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig. [17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern

- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: [\[18\]](#)

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).[\[19\]](#) Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe. [\[20\]](#) Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".[\[21\]](#) Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.[\[22\]](#) Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.[\[23\]](#)

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf[\[24\]](#), bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.[\[25\]](#) Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).[\[26\]](#) Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.[\[25\]](#) Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie [BP](#), Koch Industries und Valero Energy.[\[27\]](#)

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.[\[28\]](#) Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.[\[29\]\[30\]](#)

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Repots auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippen oder annähern, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«.^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzender der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQA+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQA+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurst (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurst beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)
- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenkel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), [Gitta Connemann](#) (CDU/CSU), [Julia Klöckner](#) (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie [Philipp Hartewig](#) (FDP) und [Rainer Semet](#) (FDP).^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39] :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summarys, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachweislich eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW Köln\)](#), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld

- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:[\[42\]](#)[\[43\]](#)[\[44\]](#)

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.[\[45\]](#)

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.[\[46\]](#) Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.[\[47\]](#)

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.[\[48\]](#)

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.[\[49\]](#)

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“[\[50\]](#) In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.[\[51\]](#)

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.[\[52\]](#) Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.[\[53\]](#) Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.[\[54\]](#)

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.[\[55\]](#) Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“. ^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das „sachlichen Grundlagen entbehre“. ^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen. ^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: Arbeitgeberverband Gesamtmetall; Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft; BDA Die Arbeitgeber; Hauptverband der Deutschen Bauindustrie; BAVC – Die Chemie Arbeitgeber; BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Die Familienunternehmer; BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgleder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO2-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrieteilen nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschning unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen

wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“. [69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn. [70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim **Institut für Demoskopie Allensbach**, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt. [71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation **Scholz & Friends** betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“. [72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur **Serviceplan Public Opinion** betreut. Seit Januar 2015 ist **Blumberry** für Werbung und PR zuständig. [73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding **Commarco**. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur **Commarco Campus Communications GmbH**. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten." [74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit. [75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur **DIGITALIEN** eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist. [76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig. [77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die **Heritage Foundation** und die INSM gehören. [78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur **thjnk** entwickelt. [79]

Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben. [80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern. [81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte. [82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren. [83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024. [84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten. [85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campain Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war. [86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen. [87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spaltensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spaltensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forcierter werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschütern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024).^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerschter	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna Hey	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dietrich Lenzsen	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF , bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nassere-Meyfarth	
Dietrich Rickert	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Roh	

Gründungsmitglieder	
weder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schön	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiel	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.
Weitere Mitglieder:	
Michael Hoffmann-Becking	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Mari e-Luis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: [\[104\]](#)

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden. [\[105\]](#) Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Bots

chaf

ter:

inne

n

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des Kon Berg vent für Deutschland

er

Chri

stop

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich h Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von

Bur man Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

n

Dom

iniqu

Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende e Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Döttl

ing

Flori

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und an Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Gers (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker) ter

Mart

in

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser Kan GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM negi

eßer

Otm

ar Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der Frie Issin drich-August-von-Hayek-Stiftung, ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Osw

ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der Metz Die Familienunternehmer - ASU

ger

Aren Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des Bundesverband d der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied des Bundesvereinigung der Deutschen Oetk Arbeitgeberverbände (BDA), Präsident der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied der er CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walt

her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im

Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

mba

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der Fritz edrich-Naumann-Stiftung und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der Paqu Denkfabrik REPUBLIK21 e.V., ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Raff Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der Union Investment Privatfonds GmbH, elhü Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der sche Kommission Alterssicherung^[106]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#) n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Ran dolf Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war Rod in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem enst INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft](#)(IW) ock jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik REPUBLIK21 e.V.

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch](#) CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana](#) AG sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic](#) Kulturstiftung gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)

kart

Jürg en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB), Mitglied des Star Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale k Marktwirtschaft](#)

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#) (HWI), Mitglied des Stra Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich- ubha](#) Naumann-Stiftung, Mitglied des Beirats des Institut für Unternehmerische Freiheit ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: [\[107\]](#)

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe Fri	
Arnulf Arnulf	edrich-Naumann-Stiftung sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung und ist
Baring Baring	Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft
Marie-Luise Dött	(siehe Förderverein)
Johann Eekhoff	Staatssekretär a.D., Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU , am 3. März 2013 bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der Stiftung Marktwirtschaft , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung verstorben
Michael Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009
Paul Kirchhof	ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet [108]
Eberhard von Körber	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl
Rolf Pfeffekoven	ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der DZ BANK AG
Christine Scheel	trat im Dezember 2004 aus der INSM aus [109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen [110]
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrnrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. [1] verstorben

[11]

Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM.	[112] am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ [113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick](#), felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mitbund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ [25,025,¹ Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025

28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ „[Erschreckende Nähe](#)“:CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern, merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ [31,031,1 Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08.2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024
35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MDBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024
40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hettke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hettke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\], Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter](#), 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\], Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit](#), 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022

59. ↑ Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch, Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ Mit allen Mitteln, ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
65. ↑ ^{65,065,1} INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM www.volker-quaschning.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie, insm.de, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ Lobbyisten im Lehrerzimmer, ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab, horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [6], commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ Digital Public Affairs, agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ DIGITALIEN, digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch, politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ Program, web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum, presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ INSM CDU-Bundesparteitag, insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ FDP-Europaparteitag, insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ Berlin Campain Conference, berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ Project 2025 Presidential Transition Project, documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ „Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern, merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ „Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an, deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation, newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024

87. ↑ [87,087,1 Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmids ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [7], insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ Suche — Thorsten Alslieben, welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.
95. ↑ Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ Die Medien einschütern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
98. ↑ Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ Kuratoren und Botschafter, insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ INSM-Förderverein, Teil 2, 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fiwi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach, Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ Econ Referenten Agentur Lothar Späth, Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14, S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der

Deutschen Post.^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

**Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit
(IZA)**



Rechtsform gGmbH

Tätigkeitsbereich Arbeitsmarktforschung
ich

Gründungsdatum 1998
um

Hauptsitz Schaumburg-Lippe-Straße 5 -
9, Bonn

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	28
2 Organisationsstruktur und Personal	29
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	29
2.2 Geschäftsführung	29
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	29
2.4 Policy Fellows	30
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	30
4 Lobbystrategien und Einfluss	31
5 Fallstudien und Kritik	31
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	31
6 Weiterführende Informationen	31
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
8 Einelnachweise	32

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

[Klaus F. Zimmermann](#) war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut.^[10] Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur initiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in

der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fände, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden. [15][16][17]

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird. [18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts. [19] [20]

Weiterführende Informationen

[Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ Hans Leyendecker: [Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension](#), Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ Klaus F. Zimmermann - Biographisches, Webseite [IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ Finanzierung, deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck, heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe, Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015, Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: [Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, Webseite [Lobbycontrol](#), abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ Was darf Lobbying genannt werden? [LobbyControl](#) vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ Unabhängigkeit vor Gericht [taz](#) vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die LobbyControl soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) ist eine mächtige Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der reichen deutschen Arbeitgeber
Gründungsdatum <text>
Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro <text>
EU
Webadresse www.bda-online.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	34
1.1 Verbindungen/ Netzwerke	34
1.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	34
1.3 Wettbewerb Starke Schule	34
1.4 Walter-Raymond-Stiftung	34
2 Fallstudien und Kritik	34
2.1 2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	34
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	37
3 Organisationsstruktur und Personal	37
3.1 Mitgliedsverbände	37
3.2 Hauptgeschäftsführung	37
3.3 Präsidium	38
3.4 Vorstand	39
4 Finanzen	40
5 Kurzdarstellung und Geschichte	40
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
7 Einelnachweise	41

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [BusinessEurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- [Bernd Raffelhüschen](#)^[1]
- [Michael Hüther](#)

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.^[2]

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern.^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „*irreführend*“.^[5] So

konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „*dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben*“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „*Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten - und das ist zweifelsfrei möglich.*“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „*wirkungslos*“. [5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum [6] zeigt detailliert, dass die BDA „*massiven Einfluss*“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12. Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten Ingo Kramer und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger Rainer Dulger. Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, Steffen Kampeter zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer Kampeter war häufig an den Gesprächen mit Merkel und Altmaier beteiligt. Kampeter war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link). [6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. [2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der Seitenwechsler und CSU-Politiker Hans Michelbach, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „*ersatzlos*“ zu streichen. [7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU findet sich hier.

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein. [8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem BDI, dem HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte. [4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals. [6] Der Wirtschaftsweise Achim Truger bemerkte, dass „*eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.*“ [9]

• Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „machbar“ und „angemessen“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass „Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outgesourced werden [köinne]“.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, „dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.“

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben. ^[10] Dem Bericht „Inside Job“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen, jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolge. Bei einem Treffen mit Brettons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert. ^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlags (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch „Schwachstellen und Schlupflöcher“, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen.^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichterstatter Axel Voss (30/03/2022). ^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten. ^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#))^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. [\[17\]](#)

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsführung

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer • [CDU](#), bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im [Bundesfinanzministerium](#)) seit 07/2016

Peter Clever

- [Bundesagentur für Arbeit](#), Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat

Alexander Gunkel

- [Deutsche Rentenversicherung Bund](#) (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands
- Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: [\[18\]](#)

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH• Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident• Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender• Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident• Gesamtmetall, Vizepräsident• Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied• Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none">• BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none">• Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG• Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter• Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council• Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post AG](#)), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW AG](#)), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW AG](#)), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens AG](#)), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank AG](#)), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler AG](#)) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom AG](#)), Andreas Schmieg (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG AG](#)), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann	Ehrenpräsident	<ul style="list-style-type: none">• ehem. Vorstandsvorsitzender Sauer-Danfoss Inc.
Dieter Hundt	Ehrenpräsident	<ul style="list-style-type: none">• Aufsichtsratsvorsitzender Allgaier Werke GmbH• BusinessEurope, Vizepräsident• Landesbank Baden-Württemberg, Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: [\[19\]](#)

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. [\[20\]](#)

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer	<ul style="list-style-type: none">• Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Präsident
Marie-Luise Dött	<ul style="list-style-type: none">• CDU, Mitglied des Bundestages• Bund Katholischer Unternehmer (BKU), Vorsitzende• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin
Rainer Dulger	<ul style="list-style-type: none">• Gesamtmetall, Präsident
Ernst Fischer	<ul style="list-style-type: none">• Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), Präsident
Alfred Gaffal	<ul style="list-style-type: none">• Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident

Rüdiger Grube	• Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Otto Kentzler	• Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	• Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Präsident
Ingo Kramer	• BDA Präsident
Peter Kurth	• Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), Präsident
Kurt J. Lauk	• Wirtschaftsrat der CDU, Präsident
Arend Oetker	• Geschäftsführender Gesellschafter Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG
Walther Otremba	• Bundesverband Briefdienste, Vorsitzender • ehem. Beamter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Randolf Rodenstock	• Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

(Stand: November 2013) Quelle: [\[21\]](#)

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament. [\[22\]](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt. [\[23\]](#) Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet. [\[24\]](#) Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur](#), Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
2. ↑ [2,02,1 Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
3. ↑ [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
4. ↑ [4,04,1 Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
5. ↑ [5,05,1 Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
6. ↑ [6,06,16,2 Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
7. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
8. ↑ [Pressestatement vom 11.06.2021](#) lieferkettengesetz.de, abgerufen am 23.11.2022
9. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
10. ↑ [10,010,1 Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften](#) correctiv.org vom 22.02.2022
11. ↑ [11,011,1 Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
12. ↑ [Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss \[RSB\] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“. von business & human rights resource center business-humanrights.org vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022](#)
13. ↑ [Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission](#) lieferkettengesetz.de vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ Transparency europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte? wrd.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen! Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ Die Hauptgeschäftsführung der BDA Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ Das Präsidium der BDA Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ Der Vorstand der BDA Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ 60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft, Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände, Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage, Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

WMP Eurocom

Die **WMP EuroCom AG** ist eine Lobby- und PR-Agentur, die ihren Klienten durch ihr weites Netzwerk aus Kontakten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern verschafft. Gleichzeitig verfügt sie über sehr gute Verbindungen in die deutsche Medienlandschaft.

WMP EUROCOM AG

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Beratung in den Bereichen Wirtschaft, Medien und Politik

Gründungsdatum

Hauptsitz Katharina-Heinroth-Ufer 1, 10787 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadress wmp-ag.de/e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	43
2 Fallbeispiele und Kritik	44
2.1 Lobbyarbeit für Saudi Arabien	44
2.2 Beziehung zum Deutschen Digital Institut	45

2.3 2016-2020: PR-Aktivitäten im Zusammenhang mit der kritischen Berichterstattung über Wirecard	45
2.4 2014 und 2015: Rechtsstreit mit dem stern-Journalisten Hans-Martin Tillack	45
2.5 2012: Tiedje verteidigt Steinbrück in Bild-Kommentar	46
2.6 2009: Lobbying gegen staatliche Unterstützung für Karstadt	46
2.7 2003: Vergabeaffäre der Bundesagentur für Arbeit	46
2.8 2003: Imagekampagne für die Wirtschaft in Sachsen	46
2.9 2001: Lobbying für BP bei der Aral-Übernahme und bei der E.on-Ruhrgas-Übernahme	47
2.10 2000: Übernahme der Bewag durch Vattenfall	47
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	47
3.1 Unternehmen der Gruppe und Großaktionäre	47
3.2 Vorstand	48
3.3 Aufsichtsrat	48
3.4 Senior Advisors	48
4 Kunden (Auswahl)	49
5 Geschichte	49
6 Weiterführende Informationen	49
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
8 Einelnachweise	49

Lobbystrategien und Einfluss

Kernpunkt der Lobbyarbeit der WMP EuroCom ist die Vermittlung von exklusiven Treffen der Klienten mit den relevanten politischen Entscheidungsträgern. Hierbei wird dem Kunden die Möglichkeit gegeben, in kleinen und vor allem geschlossenen Kreisen "Überzeugungsarbeit" für das jeweilige Projekt zu leisten.^[1] Nach eigenen Angaben verfügt die WMP dazu über "persönliche und vertrauensvolle Verbindungen zu Entscheidern in Medien, Wirtschaft, Verbänden, Politik und Verwaltung".^[2]

Die zweite Säule der Lobbyarbeit der WMP ist das Lancieren von wohlgesonnenen Medienberichten.^[1] Essentiell hierfür ist die hervorragende Vernetzung der WMP, bzw. ihrer Mitarbeiter, mit diversen Leitmedien.

„Ziel unserer Arbeit ist es, journalistisch interessante Botschaften unserer Partner bzw. Kunden der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir arbeiten mit den Medien zusammen. Wir finden und formulieren diese Botschaften. Dabei geht es weder um Imagekosmetik noch um Illusionsbildung. Als vormalige oder noch aktive leitende Redakteure sowie als Publizisten sind wir strikt journalistischen Grundsätzen und Überzeugungen verpflichtet. Nur so werden wir von den Blattmachern und Sender-Verantwortlichen sowie anderen Ansprechpartnern der Medien akzeptiert.“^[3]

So werden beispielsweise Kommentare oder ausführliche Portraits in Leitmedien verbreitet, in denen die Kunden die Möglichkeit haben, ihre "Sicht" einer breiten Öffentlichkeit darzulegen und so unter dem Deckmantel eines vermeintlich seriösen Journalismus Kampagnenarbeit zu leisten.^[1]

Die WMP-Tochterfirma TV-Media produziert u.a. für den **MDR**. So können beispielsweise in Talkshows Kunden oder zumindest deren Interessenvertreter platziert werden. In der von TV-Media produzierten Show „Ein Kessel DDR“ saß zum Beispiel **Hans-Dietrich Genscher** als Guest auf dem Sofa. Laut *Spiegel* war auch der ehemalige MDR-Intendant **Udo Reiter** der WMP über einen persönlichen Beratervertrag verbunden.^[4]

Die WMP verfügte über 2 von der CDU bereitgestellte Hausausweise für den Deutschen Bundestag.^[5] Seit einer Änderung der Lobbyregeln im Jahr 2016 können Lobbyakteure jedoch keine Hausausweise mehr über die Fraktionen erhalten.^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyarbeit für Saudi Arabien

Von 2015 bis November 2018 arbeitete WMP Eurocom für Saudi Arabien. Laut einem Bericht der „Bild am Sonntag“ zahlten die Saudis eine sechsstellige Summe, damit die Agentur das Image des Königreiches in Deutschland verbesserte.^[7] Laut "Tagesspiegel" ist das nur ein Bruchteil dessen, was das Land jedes Jahr in **Country Branding** investiert: Auch in Washington, London und Brüssel habe das Königshaus demzufolge zahlreiche PR-Agenturen angeheuert, allein in den USA seit den Terroranschlägen vom 11. September 2011 etwa 100 Millionen Dollar ausgegeben.^[8]

Wie im Oktober 2018 bekannt wurde, hatte WMP Dieter Haller als Seniorberater eingestellt. Haller war von 2011 bis 2014 und dann nochmals von 2016 bis zum Juli 2018 deutscher Botschafter in Saudi-Arabien. Mit Hallers Verpflichtung wolle WMP Eurocom „ihr Auslandsgeschäft ankurbeln“, schrieb damals das Fachmagazin „PR Report“. ^[9] Zum 30.10.2020 schied Dieter Haller bei WMP aus.

Nach dem von Saudi Arabien Mitte Oktober 2018 eingestandenen Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi gab es verstärkt Kritik an der Arbeit von WMP für die Golfdiktatur. Im November zitierte die „Bild am Sonntag“ aus einem internen WMP-Bericht, der offenbar für seine Kunden bestimmt war. Darin rühmte sich die Agentur ihrer guten Kontakte zu deutschen Journalisten und behauptete, durch ihre Arbeit seien in mindestens einem Fall „positive Artikel“ über Saudi-Arabien erschienen. Zugleich warb die Agentur mit einem Netzwerk, das „einen schnellen Zugang“ zum Kanzleramt, zum Bundespräsidenten, zu Ministerien, dem Deutschen Fußball-Bund oder Wirtschaftskonzernen wie Airbus garantiere.^[10]

Als Reaktion auf die Medienberichte verkündete WMP im November 2018, seine Arbeit für das saudische Königshaus zu beenden. „Nach der schrecklichen Tat müssen wir heute feststellen, dass sowohl unsere Mittlerrolle als auch die Möglichkeiten, die Reformkräfte zu unterstützen, von der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr gesehen und von uns deshalb nicht vertreten werden können“, begründete WMP-Chef Michael Inacker den Schritt.^[11]

Im August 2020 trat der damalige Vorstandsvorsitzende der WMP Michael Inacker zurück.^[12] In der Folge kam es zu einer vollständigen Neubesetzung des Vorstandes. Zum 1. Januar 2021 übernahm der frühere Wirtschaftsjournalist und Kommunikationschef des DAX-Konzerns **Linde** Ulrich Porwollik den Posten des Vorstandsvorsitzenden.^[13] Sein Nachfolger ist der frühere Journalist und Leiter der Unternehmenskommunikation verschiedener Unternehmen Dr. Immo von Fallois.^[14]

Beziehung zum Deutschen Digital Institut

Das **Deutsche Digital Institut** (DDI) ist mit der WMP EuroCom eng verbunden: Der Beiratsvorsitzende des DDI, **Bernd Schiphorst**, ist ein ehemaliges Vorstandsmitglied der WMP. DDI und die WMP haben die gleiche Anschrift, die Domainadresse des DDI gehört der WMP.^[15] Wegen dieser Verflechtungen warf der Stern-Journalist **Hans-Martin Tillack** der WMP vor, unter dem Deckmantel eines vermeintlich unabhängigen Forschungsinstituts zu agieren.^[16] Zudem finden sich auf der Homepage des DDI [Google](#)-kritische Pressemeldungen wie etwa „Such-Alternativen: Meine Woche ohne Google“ (November 2014) oder „Profilbildung: Datenschützer droht Google mit Zwangsgeld“ (September 2014).^[17]

Da einer der Kunden der WMP der [Google](#)-Konkurrent **Microsoft** ist, entstand der Verdacht der verdeckten PR-Arbeit. Außerdem gab Torsten Fricke, der laut *Stern* bei der WMP zuvor den Kunden Microsoft betreute, im April 2015 das Buch "Die Akte Google - Wie der US-Konzern Daten missbraucht, die Welt manipuliert und Jobs vernichtet" heraus, welches sich hauptsächlich der Kritik an der Macht von Google widmet.^[18] WMP-Chef Inacker betonte im April 2016 hingegen, dass seine Agentur keine verdeckte PR mache.^[19]

2016-2020: PR-Aktivitäten im Zusammenhang mit der kritischen Berichterstattung über Wirecard

WMP bot [Wirecard](#) im Dezember 2016 weitreichende PR-Aktivitäten an, die mit einem Basishonorar von 420.000 Euro pro Jahr vergütet wurden. Die Arbeit von WMP bestand darin, die Berichterstattung in der Presse über Wirecard zu beobachten, relevante Medienvertreter aufzuführen („black list“/„white list“), sowie bei Hintergrundgesprächen und Interviews zu unterstützen. Unter dem Titel „‘Drachenblut’ für Wirecard“ bot WMP Leistungen an, welche die Reputation von Wirecard stärken und das Unternehmen „unverwundbar“ machen sollten. In Absprache mit Wirecard wollte WMP den durch Journalisten aufgegriffenen undurchsichtigen Geschäftszahlen mit einer „konsistenten Corporate Story“ begegnen und „diese bei den relevanten Medien an den Finanzplätzen in Deutschland und Großbritannien“ platzieren.^[20]

2014 und 2015: Rechtsstreit mit dem stern-Journalisten Hans-Martin Tillack

Im Herbst 2014 verklagte der damalige WMP-Geschäftsführer **Hans-Hermann Tiedje** den stern-Journalisten **Hans-Martin Tillack** wegen Verdachts der üblen Nachrede. Tillack hatte zuvor in seinem Blog mögliche Indizien dafür beschrieben, dass die Kampagne "Tolles Thüringen" während des Wahlkampfes 2009 ein Beispiel für versteckte Parteienfinanzierung gewesen wäre, bei der auch die WMP mitgewirkt hätte.^[21] Nachdem Tiedje eine Beteiligung der WMP verneinte, griff Tillack diese Aussage ironisch in seinem Blog auf, woraufhin Tiedje Anzeige erstellte. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte die Ermittlungen gegen Tillack im November 2014 ein.^[22] In einem 2. Rechtsstreit zwischen Tiedje und Tillack ging es um Tillacks Aussage, dass die WMP für den französischen Ölkonzern **Total** arbeite. Im Mai 2015 einigten sich Tiedje und Tillack auf einen Vergleich und Tillack verpflichtete sich, nicht mehr zu erklären, dass Total zum Kundenkreis der WMP gehöre. Tillack wies darauf hin, diesen Schluss einst gezogen zu haben, da es bei der WMP über Monate einen Betreuer für Total gegeben habe.^[23]

2012: Tiedje verteidigt Steinbrück in Bild-Kommentar

Nachdem [Peer Steinbrück](#) für seine Einnahmen aus Redneraufträgen in die Kritik geraten war, verteidigte Tiedje ihn in einem Bild-Kommentar. Seiner Meinung nach habe Steinbrück "nichts falsch gemacht", sondern werde in einer "Gesellschaft des Neides" fälschlicherweise verurteilt.^[24] Dabei erwähnte Tiedje jedoch nicht, dass die WMP Steinbrück im selben Jahr einen Rednerauftrag der Stufe 3, also in Höhe von über 7.000 Euro, vermittelt hatte.^[25]

2009: Lobbying gegen staatliche Unterstützung für Karstadt

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens von [Karstadt](#) betonte [Eckhard Cordes](#), damals Aufsichtsratsmitglied der WMP, dass Karstadt als Ganzes keine wirtschaftlichen Perspektiven habe. Stattdessen plädierte er für eine Fusion von [Kaufhof](#) und Karstadt und die Bildung einer "Deutschen Warenhaus AG".^[26] Cordes wurde vorgeworfen, in seiner damaligen Funktion als [Metro](#)-Chef mit seinen Vorschlägen nicht eine Branchenlösung anzustreben, sondern eigene Konzerninteressen der Metro-Tochter Galeria Kaufhof zu verfolgen.^[27] Für seine Fusionsidee erhielt er Gehör von Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) sowie vom damaligen Wirtschaftsminister [Karl-Theodor zu Guttenberg](#).^{[28][29]} Darüber hinaus warb Cordes bei seinen Gesprächen mit hochrangigen Politikern erfolgreich dafür, Karstadts Bitte um eine Staatsbürgschaft nicht nachzukommen.^[30] Die Bundesregierung lehnte die Staatsbürgschaft für Karstadt im Juni 2009 ab.^[31]

2003: Vergabeaffäre der Bundesagentur für Arbeit

Im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Vergaberecht in der [Bundesagentur für Arbeit](#) (BA) geriet Ende 2003 auch die WMP in die Schlagzeilen. Die BA hatte hier einen 1,5-Millionen-Euro-Auftrag rechtswidrig ohne Ausschreibung an die WMP vergeben.^[32] Darüber hinaus wurde bekannt, dass BA-Chef [Florian Gerster](#) schon vorher mit der WMP zusammengearbeitet und sich mindestens einmal bereiterklärt hatte, angeblich kostenlos, als Gastredner für eine Image-Veranstaltung eines WMP-Kunden aufzutreten.^[33] Gerster wurde im Zusammenhang mit der BA-Affäre entlassen.

2003: Imagekampagne für die Wirtschaft in Sachsen

Im Zusammenhang mit einer Imagekampagne für das Land Sachsen musste der damalige Vorstand der WMP, [Hans-Erich Bilges](#), im November 2003 vor dem sogenannten Sachsenring-Untersuchungsausschuss aussagen. Die [PDS](#) warf der sächsischen Staatsregierung vor, mit der von der WMP geleiteten PR-Kampagne „Sachsen den Sachsen“ eine versteckte CDU-Wahlkampagne initiiert zu haben und nicht, wie von Seiten der CDU behauptet, eine „Imagekampagne“ für die sächsische Wirtschaft.

Im Untersuchungsausschuss räumte Bilges ein, er habe sich im Vorfeld der Kampagne mit mehreren Vertretern der Staatsregierung getroffen. Auch wurden die PDS und die [SPD](#) als "Gegner" genannt.^[34] Die WMP musste sich allerdings 2003 wieder aus dem mit 200.000 Euro dotierten Beratervertrag zurückziehen, weil bekannt wurde, dass der Vertrag nicht öffentlich ausgeschrieben wurde.^[35]

2001: Lobbying für BP bei der Aral-Übernahme und bei der E.on-Ruhrgas-Übernahme

Bei der geplanten Übernahme der Tankstellenkette **Aral** durch den Ölkonzern **BP** war die WMP involviert. BP plante von **E.ON** die Tankstellenkette Aral zu übernehmen und E.ON war im Gegenzug an den BP-Anteilen von **Ruhrgas** interessiert. Da die Übernahme von Aral vor dem Kartellamt hätte scheitern können, versuchte BP schon im Vorfeld der Übernahme die öffentliche Wahrnehmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Hierzu organisierte WMP Gespräche und Treffen zwischen dem BP-Chef **Lord John Browne** mit Fraktionsvorsitzenden, Ausschussvorsitzenden und Ministerialbeamten. Auch ein Lunch mit politischen Eliten, inklusive Dinner-Speech von Browne, wurde von WMP initiiert.^[1] Gleichzeitig lancierte eine Medienkampagne. Hierzu organisierte die WMP ein Interview mit Browne im *Spiegel* und ein ausführliches Portrait in der *Welt am Sonntag*.^[1]

Um E.ON in der Ruhrgas-Übernahme zu unterstützen, versuchte die WMP ebenfalls über die Medien positive Assoziationen zu generieren. Beispielsweise sprach sich **Günther Rexrodt** (FDP), ehemaliger Wirtschaftsminister, in einem Artikel in *Die Welt* für die geplante E.ON-Ruhrgas-Übernahme aus. Rexrodt war gleichzeitig Finanzvorstand von WMP, die zu dieser Zeit von BP bezahlt wurde.^[1]

2000: Übernahme der Bewag durch Vattenfall

Im Jahr 2000 plante **Vattenfall** den Berliner Energieversorger **Bewag** zu übernehmen. Der damalige Eigner der Bewag, **E.ON**, einigte sich mit Vattenfall Anfang August 2000 auf die Übernahme, ohne jedoch das Mitspracherecht des Berliner Senats zu beachten. Hier blockierten die beiden **CDU** Senatoren **Peter Kurth** und **Wolfgang Bräuer** die Übernahme durch Vattenfall mit einer einstweiligen Verfügung, weil sich der Senat schon auf einen anderen Investor geeinigt hatte. Daraufhin schaltete Vattenfall die WMP ein. Deren Vorstand, **Hans-Erich Bilges**, traf sich mit dem damaligen Bürgermeister **Eberhard Diepgen** (CDU), der hierauf sagte, alles würde für Vattenfall sprechen. Der Berliner Senat zog auf Druck Diepgens die einstweilige Verfügung zurück. Die WMP arrangierte zusätzlich weitere Treffen zwischen dem Vattenfall-Vorstandschef Josefsson und dem damaligen sächsischen Wirtschaftsminister **Kajo Schommer** (CDU) sowie mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister **Werner Müller** (parteilos).^[1] Durch das intensive Lobbying der WMP und die "Empfänglichkeit" der jeweiligen Politiker kam schließlich die Übernahme der Bewag durch Vattenfall zu Stande.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Unternehmen der Gruppe und Großaktionäre

Zur WMP Gruppe gehören die folgenden Unternehmen: WMP EUROCOM AG, WMP FINANZKOMMUNIKATION GMBH, WMP HEALTHCARE GMBH, GPA GERMAN PUBLIC AFFAIRS GMBH und TV MEDIA MEDIEN MANAGEMENT GMBH. Größte Anteilseigner der Gruppe sind **Hans-Hermann Tiedje** und **Wendelin Wiedeking**.
[\[36\]](#)

Vorstand

- **Dr. Immo von Fallois**, CEO, u.a. früherer Leiter Kommunikation und Marketing bei **Alstom** in Nord- und Osteuropa und früherer Chef der Abteilung Medien und Marketingkommunikation des Bahntechnikkonzerns **Bombardier Transportation**, vormals Redaktionsleiter der "Berliner Zeitung"^[37]
- **Moritz Barckhausen**, Chief Financial Officer (CFO), seit 2021 Finanzvorstand der WMP-Gruppe
- **Henning Marten**, Chief Operating Officer (COO), ehem. TV-Produzent und Medienberater, zuvor Büroleiter im Deutschen Bundestag

Stand: Juli 2023, Quelle: Internetauftritt WMP Eurocom ^[38]

Aufsichtsrat

- **Prof. Dr Bernhard Link**, Vorsitzender, ehemaliger stellv. Vorstandsvorsitzender der **Münchener Bank**, Honorarprofessor für Betriebswirtschaftslehre
- **Dr. Jürgen Gerdes**, früheres Mitglied im Vorstand der **Deutschen Post AG**, ehemaliger Geschäftsführer der **Porta Holding**, während seiner Funktion als Vorstandsmitglied der Deutschen Post warf ihm das Bundeskartellamt Wettbewerbsverstöße und illegale Geschäfte mit **Bertelsmann** vor^[39]
- **Ulrich Marseille**, Aufsichtsratsvorsitzender der **Marseille Kliniken AG**, der 2010 vom Landgericht Halle wegen Bestechung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt wurde^{[40][41]}
- **Dr. Frank-B. Werner**, deutscher Verleger und Wirtschaftsjournalist, Gründer der Börsenzeitschrift Börse Online und Mitbegründer des Finanzen Verlags, früherer Chefredakteur der Zeitschriften Euro und Euro am Sonntag
- **Kristin Schwarz**, Unternehmerin in der Lebensmittel- und Fleischwarenindustrie (Schwarz Cranz)
- **Max von Waldenfels**, Jurist, Gründer und Geschäftsführer der Caspar-Health Goreha GmbH, vormals Gründer von MyLorry/Food Express

Stand: Juli 2023, Quelle: Internetauftritt WMP Eurocom ^[42]

Ehemalige Mitglieder:

- bis 2005: **Hans Erich Bilges** ^[43]
- bis 2006: **Hans-Dietrich Genscher** (†)
- bis 2016: **Roland Berger**, Gründungsmitglied; Gründer der Roland Berger Holding GmbH, vormals Mitglied des Kuratoriums der **Alfred Herrhausen Gesellschaft**^[44]

Stand: Juli 2023

Senior Advisors

- **Friedrich-Wilhelm Kramer**, vormaliger ARD-Korrespondent in Warschau, Chefredakteur **NDR** Hörfunk, Direktor des NDR-Landesfunkhauses Schleswig-Holstein, heute: Lehrbeauftragter für Medien und Politik in Hamburg und Riga
- **Klaus Kimmel**, ehemaliger Sportjournalist, u.a. für **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, **Süddeutsche Zeitung** und **WELT**, später stellvertretender Chefredakteur der **BILD-Zeitung**
- **Louis Hagen**, vormals Mitglied der BILD-Chefredaktion, vormals Gastdozent für Medienwissenschaften an der Technischen Universität Berlin, heute Kolumnist bei der BILD

Stand: Juli 2023, Quelle: Internetauftritt WMP Eurocom^[45]

Kunden (Auswahl)

Marseille Kliniken: Nachdem der Journalist **Günter Wallraff** in einem Pflegeheim des Marseille-Konzerns verdeckt ermittelt hatte, erstattete der Konzern Anzeige gegen RTL mit dem Vorwurf heimlicher Bild- und Tonaufnahmen. **Katrin Dahm**, aktuelles Vorstandsmitglied der WMP EuroCom, erklärte im Namen der Marseille Kliniken, man habe "das nicht zuletzt zum Schutz der Bewohner getan". Laut RTL wurde das Pflegeheim in Oldenburg ausgewählt, weil Wallraff mehrfach auf die Essensqualität in den Häusern der Marseille Kliniken hingewiesen worden wäre.^[46]

Kleidungskette KiK: WMP-Geschäftsführer Inacker sprach davon, dass KiK mit einem innovativen Konzept die Branche verändert habe. Kik waren in der Vergangenheit oft Billiglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen in den Zuliefererländer vorgeworfen worden. Inacker sagte zu der neuen Kommunikationsstrategie für KiK: "KiK ist ein Unternehmen mit einem Gesicht - und zwar einem sympathischen. Das werden wir gemeinsam vermitteln."^[47]

Katar: Wie Tiedje 2014 in einem Interview bestätigte, berät die WMP Katar.^[48]

Microsoft: Lt. *stern* zählt der Software- und Hardwarehersteller Microsoft zur Kundenliste von WMP.^[49]

Krankenkasse KKH: Die kaufmännische Krankenkasse KKH ist seit 2013 Kunde bei der WMP. Im Jahr zuvor hatte WMP Peer Steinbrück als Redner für ein KKH-Allianz-Forum vermittelt.^[49]

Geschichte

Die Idee zur Gründung der WMP EuroCom entstand auf der Terrasse von **Hans-Dietrich Genschers** Privathaus, welcher selbst als Aktionär und Aufsichtsratschef in die Unternehmung mit einstieg. Der ebenfalls anwesende Bundesbankpräsident a.D., Karl Otto Pöhl, förderte das Vorhaben durch Empfehlungsschreiben.^[1] Einer der weiteren Gründer war der ehemalige Chefredakteur der "Bild", **Hans-Erich Bilges**, der Ende 2005 ausstieg, um im Januar 2006 die Kommunikationsberatungsfirma **Consultum Communications** zu gründen.^[50] Consultum Communications arbeitet allerdings weiterhin eng mit der WMP zusammen.^[51]

Weiterführende Informationen

- Hans-Martin Tillack: [Die geheimen Kunden der Lobbyisten](#), stern.de vom 07.01.2016
- Public Affairs: [Das Netz](#), Zeit online 2002, abgerufen am 03.07.2023

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [1,01,11,21,31,41,51,61,7](#) Public-Affairs: [Das Netz](#) Die Zeit 50/2002, abgerufen am 01. Februar 2012

2. ↑ [WMP - Das Gesamtprofil](#), abgerufen am 29.03.2016
3. ↑ [WMP - Das Know-How](#), abgerufen am 29.03.2016
4. ↑ [Beraten und Verkauft Der Spiegel 49/2003](#), abgerufen am 29.03.2016.
5. ↑ [Liste der Hausausweise](#), S.13, abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 24.03.16
6. ↑ [Lobbyregeln seit 2016](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 03.07.23
7. ↑ [So werben deutsche Lobbyisten für den Saudi-Prinzen](#), Bild am Sonntag, abgerufen am 27.11.2018
8. ↑ [Die Lobbyisten der Saudis](#), Tagesspiegel, abgerufen am 27.11.2018
9. ↑ [Dieter Haller arbeitet für WMP Eurocom](#), PR Report, abgerufen am 27.11.2018
10. ↑ [So werben deutsche Lobbyisten für den Saudi-Prinzen](#), Bild am Sonntag, abgerufen am 27.11.2018
11. ↑ [WMP-Chef Inacker kritisiert "Blut-Scheich"-Enthüllung der BamS](#), meedia, abgerufen am 27.11.2018
12. ↑ [Rücktritt Inacker](#), W&V, abgerufen am 03.07.2023
13. ↑ [Ulrich Porwollik](#), businessinsider, abgerufen am 03.07.2023
14. ↑ [Dr. Immo von Fallois](#), meedia, abgerufen am 03.07.2023
15. ↑ [WMP ist Domaininhaber der Webseite des DDI](#), abgerufen am 07.04.2016
16. ↑ [Ließ Microsoft den Rivalen Google schlechtmachen?](#), stern vom 16.12.2015, abgerufen am 07.04.2016
17. ↑ [Pressebereich des Deutschen Digital Instituts](#), abgerufen am 07.04.2016
18. ↑ ["Die Akte Google: Wie der US-Konzern Daten missbraucht, die Welt manipuliert und Jobs vernichtet"](#) bei Amazon, abgerufen am 07.04.2016
19. ↑ [Interview mit WMP-Chef Michael Inacker](#), PR Report vom 03.04.2016, abgerufen am 07.04.2016
20. ↑ [PR-Agentur bot Wirecard an, Journalisten auf eine "schwarze Liste" zu setzen](#) stern.de, vom 29.01.2021, abgerufen am 16.02.2022
21. ↑ [Das Millionenspiel mit "Tolles Thüringen"](#), Stern vom 29.08.2014, abgerufen am 24.03.2016
22. ↑ [Keine üble Nachrede gegen Tiedje: Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen stern-Mann Tillack ein](#), Meedia am 10.11.2014, abgerufen am 24.03.2016
23. ↑ [Tiedje, Tillack und der Prozess um die „Total-Falschberichterstattung“](#), Meedia am 20.05.2015, abgerufen am 29.03.2016
24. ↑ [Steinbrück und der Neid](#), Bild vom 08.10.2012, abgerufen am 24.03.2016
25. ↑ [Die Steinbrück-Liste: Alle Nebenjobs des SPD-Manns](#), Focus online vom 09.10.2012, abgerufen am 24.03.2016
26. ↑ [Metro-Chef gibt Karstadt keine Chance](#), Focus vom 14.12.2009, abgerufen am 23.03.2016
27. ↑ [Die taktischen Spielchen von Eick und Cordes](#), WirtschaftsWoche vom 25.05.2009, abgerufen am 23.03.2016
28. ↑ [Treffen mit Merkel: Metro erwägt Karstadt-Übernahme](#), Spiegel online vom 04.06.2009, abgerufen am 23.03.2016
29. ↑ [Arcandor-Krise: Guttenberg favorisiert Karstadt-Kaufhof-Fusion](#) Spiegel online am 04.06.2009, abgerufen am 23.03.2016
30. ↑ [Die taktischen Spielchen von Eick und Cordes](#), WirtschaftsWoche vom 25.05.2009, abgerufen am 23.03.2016
31. ↑ [Bund lehnt Staatsbürgschaft für Arcandor ab](#), Welt vom 08.06.2009, abgerufen am 07.04.2016
32. ↑ [BA-Verwaltungsrat entzieht Gerster Vertrauen](#) Netzeitung vom 24. Januar 2004, abgerufen am 01. Februar 2012.
33. ↑ [Bundesanstalt für Arbeit: Gersters teure BMW-Flotte](#) Spiegel Online vom 06. Dezember 2003, abgerufen am 01. Februar 2012.
34. ↑ [Sachsenring: Gut für die Wirtschaft, schlecht fürs Image](#) Manager Magazin vom 26. November 2003, abgerufen am 01. Februar 2012

35. ↑ LOBBYING: „Bewerber abgeschossen“ Focus vom 01. Dezember 2003, abgerufen am 01. Februar 2012
36. ↑ Große Persönlichkeiten schrieben die Erfolgsgeschichte, wmp-ag.de, abgerufen am 09.10.2017
37. ↑ Werdegang Dr. Immo von Fallois, linkedin, abgerufen am 03.07.2023
38. ↑ Vorstand, wmp-ag.de, abgerufen am 03.07.2023
39. ↑ Praktiken des Ex Post-Vorstandes, handelsblatt, abgerufen am 03.07.2023
40. ↑ Oberlandesgericht Naumburg - Pressemitteilung vom 6. Juli 2011, archive.is, abgerufen am 09.10.2017
41. ↑ Ulrich Marseille tritt zurück, manager.magazin vom 20.07.2011, abgerufen am 09.10.2017
42. ↑ Aufsichtsrat, wmp-ag.de abgerufen am 03.07.2023
43. ↑ WMP Eurocom: Der ehemalige Grünen-Politiker Rezzo Schlauch fängt bei Agentur von Ex-Bild-Chef Tiedje an Meedia.de am 24.11.2016, abgerufen am 30.11.2016
44. ↑ WMP EuroCom AG expandiert und übernimmt die Cortent Kommunikation AG] PR Journal am 07.10.2016, abgerufen am 30.11.2016
45. ↑ Senior Advisors und Büroleitung, wmp-ag.de, abgerufen am 03.07.2023
46. ↑ Undercover-Recherche in der Oldenburger Großküche, NWZ online vom 09.06.2015, abgerufen am 29.03.2016
47. ↑ Tiedje-Firma WMP-Eurocom soll Image vom Billig-Klamottenladen KiK aufpolieren, Meedia am 27.01.2016, abgerufen am 23.03.2016
48. ↑ „Meine Moral? Wir arbeiten nicht mit Mädchen- und Waffenhändlern zusammen“, Meedia am 09.09.2014, abgerufen am 24.03.2016
49. ↑ ^{49,049,1} Die geheimen Kunden der Lobbyisten, stern am 07.01.2016, abgerufen am 24.03.2016
50. ↑ Consultum Communications - Geschäftsführung abgerufen am 01.02.2012
51. ↑ Hans-Erich Bilges: Ex-"Bild"-Chef gründet Berater-Firma Manager Magazin vom 03. Januar 2006, abgerufen am 01. Februar 2012.